

Geschäftsbericht 2015

Union Krankenversicherung AG

Überblick

Union Krankenversicherung AG		2015	2014	2013	2012	2011
Anzahl der versicherten Personen	Tsd.	1.181,2	1.152,7	1.123,1	1.083,7	1.059,3
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	696,5	679,8	668,6	651,5	637,6
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	402,4	374,6	359,2	352,9	345,6
Kapitalanlagen	Mio. €	3.956,4	3.679,5	3.366,0	3.059,5	2.737,2
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	127,4	130,1	119,5	120,5	99,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	Mio. €	3.915,3	3.617,2	3.302,7	3.008,4	2.709,0
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	54,3	81,3	84,1	80,7	72,9
Eigenkapital	Mio. €	92,2	92,0	92,8	85,6	78,7
Jahresüberschuss	Mio. €	15,0	16,8	19,6	14,4	9,5

Kennzahlen

Union Krankenversicherung AG		2015	2014	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	%	11,4	11,4	11,3	11,2	11,2
RfB-Quote	%	31,4	34,4	28,4	26,4	20,9
Überschussverwendungsquote	%	79,8	83,0	82,4	86,6	89,4
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote ¹	%	12,8	14,6	16,1	13,3	13,2
Schadenquote ¹	%	75,8	74,0	70,8	74,0	73,3
Verwaltungskostenquote	%	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
Abschlusskostenquote	%	9,4	9,4	11,1	10,7	11,0
Nettoverzinsung	%	3,3	3,7	3,7	4,2	3,8
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	3,1	3,5	3,9	4,1	4,2

¹ Im Jahr 2012 angepasste Kennzahl lt. PKV-Verband.

Inhalt

2 Gremien

Lagebericht

4 Lagebericht

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

22 Bilanz zum 31. Dezember 2015

24 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Anhang

27 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

32 Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2015

34 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

37 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

39 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

42 Sonstige Angaben

44 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

45 Bericht des Aufsichtsrats

46 Impressum

Gremien

Aufsichtsrat

Friedrich Schubring-Giese

Vorsitzender

Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(bis 31. Mai 2015)

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(seit 1. Juni 2015)

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl

Stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands
SV Sparkassenversicherung Holding AG
(seit 13. April 2015)

Ute Bassler¹

Angestellte

Dr. Wolfgang Breuer

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial NordWest Holding AG
(seit 1. Januar 2016)

Dr. Robert Heene

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Dr. Dirk Hermann

Vorsitzender des Vorstands
SAARLAND Feuerversicherung AG
SAARLAND Lebensversicherung AG

Jörg Kallenbach¹

Angestellter

Franz Kränzler

Generalbevollmächtigter
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Reinhard Lerch¹

Angestellter

Klaus G. Leyh

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Eva-Romana Mielsch¹

Angestellte

Matthias Mikulla¹

Angestellter

Dr. Frederic Roßbeck

Vorsitzender des Vorstands
Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG
Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG

Dr. Stephan Spieleder

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Dr. Walter Tesarczyk

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial Rheinland Versicherung AG
Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG

Jörg Tomalak-Plönzke

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial Nord Brandkasse AG
(vom 13. April 2015 bis 31. Dezember 2015)

¹ Vertreter der Arbeitnehmer.

Vorstand

Dr. Harald Benzing

Vorsitzender

Unternehmensplanung und Controlling,
Unternehmenskommunikation, Personal,
Betriebsorganisation, Revision, Rechnungswesen,
Mathematik und Produktentwicklung,
Versicherungsmathematische Funktion,
Anwendungsentwicklung, Risikomanagement

Manuela Kiechle

Vertrieb, Marketing, Auslandsgeschäft,
Reiseversicherung, Allgemeine Services,
Compliance, Risikomanagement

Andreas Kolb

Kundenservice (Bestandsverwaltung),
Leistungsbearbeitung, Gesundheitsmanagement,
Beihilfe- und Firmenversicherung, Recht und Steuern,
Vermögensanlage und -verwaltung, Service-Center,
Datenschutz, Risikomanagement
(seit 1. Januar 2016)

Wolfgang Reif

Kundenservice (Bestandsverwaltung),
Leistungsbearbeitung, Gesundheitsmanagement,
Beihilfe- und Firmenversicherung, Recht und Steuern,
Vermögensanlage und -verwaltung, Service-Center,
Datenschutz, Risikomanagement
(bis 31. Dezember 2015)

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Union Krankenversicherung AG wurde 1979 gegründet und gehört zusammen mit der Bayerischen Beamtenkrankenkasse AG zur Consal Beteiligungsgesellschaft AG. Die Gesellschaften sind Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern (VKB) und als öffentliche Versicherer in die Sparkassen-Finanzgruppe eingebunden. Sie sind nach versicherten Personen die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland und bieten eine umfassende Produktpalette mit bedarfsorientierten und leistungsstarken Krankheitskostenvoll- und -zusatzversicherungen sowie Pflegeversicherungen und betrieblichen Krankenversicherungen. Bei der Auslandsreise-Krankenversicherung gehört die Union Krankenversicherung zu den führenden Anbietern in Deutschland.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte 2015 ein moderates Wachstum. Während die großen Industrieländer eine günstige wirtschaftliche Entwicklung aufwiesen, hat sich das Wachstum in den Schwellenländern verlangsamt. Die konjunkturelle Erholung im Euroraum, die Mitte 2014 begonnen hat, hat sich fortgesetzt. Günstige Rahmenbedingungen sind dabei die niedrigen Energiepreise infolge des erneuten Ölpreisverfalls und der schwache Außenwert des Euro.

Auch in Deutschland setzte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum fort. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresvergleich um 1,7 Prozent. Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,9 Prozent. Zur günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte trug die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei. Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag im Jahresdurchschnitt erstmals bei über 43 Mio. Personen. Zudem übertrafen die Lohnsteigerungen erneut die moderaten Preiserhöhungen. Die Verbraucherpreise stiegen mit 0,3 Prozentpunkten deutlich langsamer als ein Jahr zuvor mit 0,9 Prozentpunkten, vor allem aufgrund rückläufiger Energiepreise.

An den Finanzmärkten hat sich das niedrige Zinsniveau weiter verfestigt. Ein neues, umfangreiches Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank im Januar 2015 hat die bereits expansive Geldpolitik weiter spürbar gelockert. In Deutschland fiel die Rendite der 10-jährigen

Bundesanleihen im ersten Halbjahr 2015 deutlich bis zu einem Tiefststand von unter 0,1 Prozent und verblieb im Gesamtjahr bei unter 1 Prozent. Zwar stellt das niedrige Zinsniveau eine Herausforderung für die Lebensversicherung und für die Krankenversicherung dar, der Gesamtwirtschaft steht dadurch jedoch Liquidität zu günstigen Konditionen zur Verfügung.

Die positive Lage der privaten Haushalte stabilisiert gleichzeitig die Nachfrage nach Versicherungsprodukten. Trotz der hohen Konsumausgaben und niedrigen Zinsen hat sich die Sparquote gemäß Statistischem Bundesamt gegenüber dem Vorjahr von 9,5 Prozent auf 9,7 Prozent erhöht.

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bietet umfassenden Risikoschutz und Vorsorge für private Haushalte, Gewerbe, freie Berufe, Industrie und öffentliche Einrichtungen. Sie konnte sich auch in den Jahren der Finanz- und Staatsschuldenkrise stabil entwickeln.

Auch im Geschäftsjahr 2015 verzeichneten die deutschen Versicherer in Summe über alle Sparten hinweg eine Zunahme der Beiträge.

Größte Herausforderung, insbesondere für die Lebensversicherung, stellt das anhaltende Niedrigzinsumfeld dar, das nicht zuletzt eine Folge der extrem expansiven Geldpolitik ist. Bislang beweist die Versicherungsbranche jedoch erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Das Jahr 2015 war zudem geprägt von den Vorbereitungen auf den Übergang zum neuen Aufsichtssystem Solvency II. Die Regelungen von Solvency II treten Anfang 2016 in Kraft und führen zu tiefgreifenden Veränderungen des regulatorischen Rahmens, in dem sich die Versicherungsunternehmen bewegen.

Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und private Krankenversicherung (PKV) bilden die Säulen des deutschen Gesundheitssystems. Rund 9 Mio. Menschen in Deutschland sind privat krankenvollversichert, darüber hinaus gibt es etwa 24 Mio. Zusatzversicherungen.

Die private Kranken- und Pflegeversicherung verzeichnete im Jahr 2015 ein moderates Wachstum. Dieses resultierte zum einen aus Beitragsanpassungen infolge des medizinischen Fortschritts im Gesundheitssystem und des anhaltenden Niedrigzinsniveaus; die Leistungsausweitungen aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes I führten zu Beitragsanpassungen in der Pflegepflichtversicherung. Zum anderen setzte sich der Trend zu privater Vorsorge als Ergänzung zum Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung fort. Weiterhin positiv entwickelte sich auch die Nachfrage nach Pflegezusatzversicherungen.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2015 war für die Union Krankenversicherung erfolgreich. Die geplante Beitragssteigerung wurde mit 2,5 Prozent erreicht. Dies ist zum einen auf eine sehr geringe Beitragsanpassung als auch auf die Entwicklungen im Neugeschäft zurückzuführen. Die Verwaltungskostenquote lag unverändert bei 2,0 Prozent, die Abschlusskostenquote lag wie im Vorjahr bei 9,4 Prozent. Die Schadenquote stieg moderat auf erwartete 75,8 Prozent an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zurückzuführen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen dabei bei 402,4 Mio. Euro und für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 300,2 Mio. Euro zugeführt. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote lag bei planmäßigen 12,8 Prozent.

Die Union Krankenversicherung erzielte ein Ergebnis aus Kapitalanlagen von 127,4 (130,1) Mio. Euro. Die Nettoverzinsung lag bei 3,3 Prozent. Zum 31. Dezember 2015 waren Bewertungsreserven von 519,1 (635,9) Mio. Euro vorhanden.

Der Jahresüberschuss 2015 lag mit 15,0 (16,8) Mio. Euro erwartungsgemäß leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 2,5 Prozent auf 696,5 (679,8) Mio. Euro. Dieser Anstieg resultierte aus dem Neugeschäft und aus notwendigen Beitragsanpassungen.

Einschließlich der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 57,3 Mio. Euro beliefen sich die Gesamtbeitragseinnahmen auf 753,8 Mio. Euro.

Neugeschäft

Das Neugeschäft in der Krankheitskostenvollversicherung konnte gesteigert werden, das Zusatzversicherungsgeschäft erreichte in etwa das Vorjahresniveau.

Bestand

Die Union Krankenversicherung konnte erneut ein Bestandswachstum von 28.472 Kunden verzeichnen. Zum Jahresende hatte sie 1.181.169 Kunden versichert, davon 97.568 in der Krankheitskostenvoll- und 1.083.601 in der Krankheitskostenzusatzversicherung.

Leistungen an die Kunden

Die Zahlungen für Versicherungsfälle und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle inklusive der Schadenregulierungsaufwendungen lagen bei 402,4 (374,6) Mio. Euro. Für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 300,2 Mio. Euro zugeführt. Die PKV-Schadenquote, die durch die Veränderung der Deckungsrückstellung wesentlich beeinflusst wird, lag bei 75,8 (74,0) Prozent. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden 54,3 (81,3) Mio. Euro zugeführt. Diese Mittel kommen den Versicherten durch geringere Beitragsanpassungen oder in Form von Beitragsrückerstattungen in der Zukunft direkt zugute.

Kosten

Die Verwaltungskostenquote lag unverändert bei 2,0 Prozent. Die Abschlusskostenquote lag wie im Vorjahr bei 9,4 Prozent.

Insgesamt stiegen die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf 79,7 (77,7) Mio. Euro. Diese untergliedern sich in 14,1 (13,8) Mio. Euro Verwaltungs- und 65,7 (63,8) Mio. Euro Abschlussaufwendungen.

Kapitalmarkt und Entwicklung Kapitalanlagen

Infolge der expansiven Geldpolitik im Euroraum setzte sich im Jahr 2015 unvermindert der Trend der Vorjahre im Hinblick auf eine weitere Absenkung des Zinsniveaus fort. Insbesondere im Bereich von Tages- und Termingeldern waren Negativzinsen zu bezahlen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe blieb mit 0,56 Prozent zum Jahresende gegenüber 0,54 Prozent zu Beginn des Jahres nahezu unverändert.

In den USA hingegen setzte sich die Abkopplung der Zinskurve im Vergleich zum Euroraum infolge der moderaten konjunkturellen Erholung fort und führte deshalb weiterhin zu vergleichsweise attraktiven Investitionsalternativen in US-Dollar-Anlagen.

Die globalen Aktienmärkte entwickelten sich im Jahresverlauf positiv: Der europäische Aktienindex Euro Stoxx 50 schloss 7,35 Prozent, der amerikanische Index S&P 500 1,37 Prozent über Vorjahresniveau.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 127,4 (130,1) Mio. Euro.

Bei den Bruttoerträgen konnte die Union Krankenversicherung ein Ergebnis von 135,8 (141,8) Mio. Euro verzeichnen. Darin enthalten waren laufende Erträge in Höhe von 119,3 (125,3) Mio. Euro und Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 16,5 (16,5) Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 8,4 (11,7) Mio. Euro. Sie setzten sich aus laufenden Aufwendungen in Höhe von 1,3 (0,9) Mio. Euro und aus Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 7,1 (0,8) Mio. Euro zusammen. Die Abschreibungen betrafen überwiegend Investmentanteile (4,6 Mio. Euro) sowie ein Schuldschein-darlehen der HETA Asset Resolution (2,5 Mio. Euro).

Die Nettoverzinsung erreichte 3,3 (3,7) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – belief sich auf 3,1 (3,5) Prozent.

Überschussverwendung

Im Verhältnis zum Rohüberschuss nach Steuern in Höhe von 74,4 (98,8) Mio. Euro ergab sich eine Überschussverwendungsquote von 79,8 (83,0) Prozent für das gesamte und von 86,8 (89,5) Prozent für das nach Art der Lebensversicherung betriebene Geschäft.

Jahresüberschuss

Der Steueraufwand der Gesellschaft lag bei 16,7 (12,1) Mio. Euro, der Jahresüberschuss belief sich auf 15,0 (16,8) Mio. Euro.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung gewährleistet. Diese berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen sowie aus ankommenden Übertragungswerten stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs, Investitionen und abgehenden Übertragungswerten bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

Investitionszweck im Hinblick auf die freien Mittel der Union Krankenversicherung ist eine optimierte Kapitalanlage. Entsprechend dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht sind sämtliche Vermögenswerte dabei so anzulegen, dass Sicherheit, Rentabilität und Liquidität des Portfolios als Ganzes sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen lagen bei 575,5 (519,8) Mio. Euro. Damit lag die Neuanlagequote bei 15,6 (15,4) Prozent des Kapitalanlagenbestands.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Union Krankenversicherung stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Kapitalanlagen	3.956,4	97,8	3.679,5	98,2
Übrige Aktiva	88,1	2,2	66,0	1,8
Gesamt	4.044,5	100,0	3.745,5	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	92,2	2,3	92,0	2,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	3.915,3	96,8	3.617,2	96,6
Übrige Passiva	37,0	0,9	36,3	0,9
Gesamt	4.044,5	100,0	3.745,5	100,0

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 3.915,3 Mio. Euro stehen Kapitalanlagen in Höhe von 3.956,4 Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 92,2 Mio. Euro gegenüber. Derzeit besteht kein Bedarf an Finanzierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen tragen mit 10,2 (8,7) Mio. Euro einen wesentlichen Anteil an den übrigen Passiva. Der Anstieg der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist im

Wesentlichen begründet durch den Effekt aus dem Rückgang des Rechnungszinses um 0,66 Prozentpunkte von 4,55 Prozent zum 31. Dezember 2014 auf 3,89 Prozent zum 31. Dezember 2015. Zudem bedingt der Rückgang der für die aktuariellen Berechnungen angewandten Fluktuationsrate im Vergleich zum Vorjahr eine Rückstellungserhöhung. Die für die Belegschaft angewandte Kündigungsrate ging im Schnitt um 0,7 Prozentpunkte auf 1,81 Prozent für Männer und 1,96 Prozent für Frauen gegenüber dem Vorjahr zurück.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Eigenkapital	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	2,1	2,3	2,1	2,3
Kapitalrücklage	62,3	67,6	62,3	67,7
Gewinnrücklagen	14,8	16,0	12,8	13,9
Bilanzgewinn	13,0	14,1	14,8	16,1
Gesamt	92,2	100,0	92,0	100,0

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Bis zum Inkrafttreten der europäischen Solvabilitätsvorschriften (Solvency II) ermittelt die Union Krankenversicherung ihren Eigenmittelbedarf nach den Vorschriften zur Einzelsolvabilität. Die Einzelsolvabilität lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 175 Prozent über den gesetzlichen Anforderungen.

Kapitalanlagen

Der Bestand der Kapitalanlagen der Union Krankenversicherung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 7,5 Prozent auf 3,96 (3,68) Mrd. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 575,5 (519,8) Mio. Euro und Abgängen in Höhe von 292,0 (204,5) Mio. Euro.

Der Investitionsschwerpunkt lag wie in Vorjahren bei den Zinsträgern, wobei 100,0 Mio. Euro über Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen investiert wurden. Bei dem Zugang der Investmentanteile in Höhe von 471,3 Mio. Euro wurden indirekt rund 91 Prozent in Unternehmensanleihen und rund 8 Prozent in Aktien investiert.

Bei den Abgängen handelte es sich weitgehend um fällige Wertpapiere.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2,1	0,1	2,1	0,1
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	8,4	0,2	12,8	0,3
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.596,3	40,3	1.189,5	32,3
Festverzinsliche Wertpapiere	123,4	3,1	123,8	3,4
Sonstige Ausleihungen, insbesondere Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	2.198,2	55,6	2.322,3	63,1
Einlagen bei Kreditinstituten	28,0	0,7	29,0	0,8
Gesamt	3.956,4	100,0	3.679,5	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 519,1 (635,9) Mio. Euro und lagen bei 13,1 (17,3) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen. Der Rückgang der Bewertungsreserven resultiert aus einem moderaten Zinsanstieg im

Vergleich zum Vorjahresende sowie aus dem natürlichen Abbau der Reserven zum Laufzeitende der Papiere hin (Pull-to-par-Effekt).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	23,0	0,6	22,5	0,6
Deckungsrückstellung	3.558,9	90,9	3.258,7	90,1
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	111,3	2,8	98,2	2,7
Rückstellung für erfolgsabhängige und -unabhängige Beitragsrückerstattung	222,1	5,7	237,8	6,6
Gesamt	3.915,3	100,0	3.617,2	100,0

Die Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2015 ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Deckungsrückstellung zurückzuführen.

In der Zuführung zur Deckungsrückstellung sind die Einmalbeiträge, die im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet werden enthalten, sowie die Zuführung nach § 12a Abs. 2 VAG, die abhängig von der Nettoverzinsung ist. Ebenso wirkt sich der Sparanteil und die rechnermäßigen Zinsen auf die Zuführung zur Deckungsrückstellung aus.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird durch die Entnah-

men für Kappungen im Rahmen der Beitragsanpassungen und für die Beitragsrückerstattung für leistungsfreie Kunden stark beeinflusst. Ebenso beeinflussen die Zuführungen nach § 12a Abs. 3 VAG in Abhängigkeit der Nettoverzinsung die RfB.

Die Zuführung zur Deckungsrückstellung belief sich im Jahr 2015 auf 300,2 (262,6) Mio. Euro. Infolge der Beitragsanpassungen, insbesondere in der Pflegepflichtversicherung fielen die Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB), die der Deckungsrückstellung zugeführt werden, vergleichsweise hoch aus.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Das Unternehmen verfügt aufgrund seiner stabilen Eigenmittelausstattung über eine gute Risikotragfähigkeit. Die vorhandenen Eigenmittel übersteigen die gesetzlich vorgeschriebenen Solvabilitätsanforderungen deutlich.

Eine detaillierte Finanzplanung gewährleistet, dass die Union Krankenversicherung ihren Verpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Die wirtschaftliche Lage der Union Krankenversicherung stellt sich positiv dar.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2015 wurde vom Vorstand am 2. März 2016 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß §312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung hat mit Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z. B. Anwendungsentwicklung, Controlling, Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung, Interne Revision, Unternehmensrecht, Vertriebsunterstützungsaufgaben sowie weitere allgemeine Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns VKB übernommen.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung wahrgenommen.

Der Bereich Vertriebsunterstützung/Technik wurde von der Bayerischen Beamtenkrankenkasse, der Union Krankenversicherung und der Union Reiseversicherung auf die Consal Beteiligungsgesellschaft übertragen.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit innerhalb der Unternehmen der Consal-Gruppe haben sich die Bayerische Beamtenkrankenkasse, die Union Krankenversicherung und die Union Reiseversicherung gegenseitig Aufgaben übertragen.

Personal- und Sozialbericht¹

Im Jahr 2015 wurde ein besonderer Fokus auf die Steigerung der Kundenzufriedenheit gelegt. Dieses Unternehmensziel ist auf allen Ebenen, vom Vorstand über die Führungskräfte bis zu den Mitarbeitern, gleichermaßen für die variablen Vergütungsbestandteile relevant.

Für den Konzern VKB waren im Jahr 2015 durchschnittlich 6.670 (6.808) Mitarbeiter² tätig; davon 4.037 (4.264) Vollzeitangestellte, 1.455 (1.414) Teilzeitangestellte, 836 (771) angestellte Außendienstmitarbeiter und 342 (359) Auszubildende.

Während sich die Anzahl der Vollzeitstellen im Innendienst gegenüber dem Vorjahr um 227 reduzierte, erhöhte sich die der Teilzeitstellen um 41. Die Konzerngesellschaft GaVi Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH wurde zum 31. Dezember 2014 aufgelöst. Ein Teil der Mitarbeiter wurde von der neu gegründeten Gesellschaft VKBit Betrieb GmbH übernommen.

Die Union Krankenversicherung beschäftigte im Geschäftsjahr 2015 durchschnittlich 506 (526) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Zur erfolgreichen und zielorientierten Weiterbildung der Mitarbeiter werden Personalentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das schlüssige Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich zusammen aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung und Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb. Es wird von Führungskräften und Mitarbeitern intensiv genutzt. Im Jahr 2015 besuchten konzernweit 3.893 Teilnehmer 881 Veranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen der Sparkassengruppe wurde hier erfolgreich intensiviert, um Teilnehmern an Bildungsveranstaltungen auch die Angebote der Kooperationspartner zu erschließen. Damit führt der Konzern VKB die Kooperation im Verbund auch auf personalwirtschaftlicher Ebene fort. Um den wesentlichen Konsequenzen der demografischen Entwicklung entgegen zu wirken, identifiziert der Konzern VKB Personen mit erfolgskritischem Know-how anhand eines strukturierten Prozesses und leitet gegebenenfalls einen Know-how Transfer zu weiteren Mitarbeitern ein.

Das Unternehmen bietet eine variable Arbeitszeitgestaltung. Sie berücksichtigt mit verschiedenen Modellen die Interessen der Mitarbeiter. Neben den Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für Eltern werden in ausgewählten Bereichen

¹ Anmerkung: Dies ist eine verkürzte Fassung des ausführlichen Personal- und Sozialberichts, der dem Geschäftsbericht des Konzerns VKB entnommen werden kann.

² Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen.

auch Heimarbeitsplätze eingerichtet. Außerdem stehen Kindergartenplätze zur Verfügung, damit Eltern Beruf und Familie möglichst gut vereinbaren können.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2015. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns VKB. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Vertriebspräsenz

Ihr Multikanalvertrieb bietet für die Union Krankenversicherung ein hohes Potenzial für ein fortgesetztes ertragreiches Wachstum und verleiht dem Unternehmen Stabilität und eine gute Marktpositionierung. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe mit den selbstständigen Agenturen, Maklern, Versicherungsdiensten sowie dem Online-Vertrieb und den Kooperationen mit gesetzlichen Krankenversicherungen bieten die Basis, Marktpotenziale zu nutzen.

Langfristige, exklusive Kooperationsverträge mit den Partnern sichern den Vertrieb der Versicherungsprodukte. Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Partner innerhalb deren Marktauftritt. Die Union Krankenversicherung stellt eine maßgeschneiderte Vertriebsunterstützung, individuelles Training und exklusive Betreuung der Vertriebsmitarbeiter sicher.

Chancen durch Produkte

Die Union Krankenversicherung arbeitet kontinuierlich an der Optimierung ihres ertragreichen Produktportfolios. Dabei werden eine ziel- und risikoorientierten Annahmepolitik, die aktuellen Markterfordernisse sowie die Bedürfnisse der Kunden und Vertriebspartner berücksichtigt.

In der Krankheitskostenvollversicherung setzt die Union Krankenversicherung auch weiterhin auf Qualität und sieht sich für die Zukunft damit gut gerüstet. Die Produktpalette ist daher auf den Qualitätsverkauf abgestimmt. Dabei handelt es sich um modular aufgebaute hochwertige Produkte, die entsprechend den jeweiligen Kundenbedürfnissen kombiniert werden können. Die Kunden profitieren im Basis-, Comfort- oder Premiumschutz von den umfassenden Leistungen.

Für Beamte bietet die Union Krankenversicherung passgenaue Tarife zur Beihilfe an.

Die Union Krankenversicherung nutzt ihre Chancen durch eine bedarfsgerechte Produktpalette in der Krankheitskostenzusatzversicherungen, mit denen gesetzlich Versicherte ihren Gesundheitsschutz für die Bereiche Ambulant, Zahn, Sehhilfen, Arbeitsunfähigkeit, Krankenhaus- oder Auslandsaufenthalt ergänzen können.

Darüber hinaus können sich privat sowie gesetzlich Versicherte mit der Pflegetagegeld-Linie für den Fall einer Pflegebedürftigkeit in allen Pflegestufen finanziell absichern. Im Bereich der staatlich geförderten Pflegeversicherung nimmt das Unternehmen eine führende Marktstellung ein.

Zum 1. Januar 2017 erfolgt die Umsetzung der zweiten Stufe der Pflegereform. Hierbei handelt es sich um eine Anpassung aller Pflegepflicht- und -zusatzversicherungen durch die Ablösung der drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade unter stärkerer Berücksichtigung kognitiver Einschränkungen. Damit rückt dieses Marktsegment nochmals stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung, so dass die Union Krankenversicherung hier ein großes Potenzial sieht.

Bei vielen Unternehmen wird der zunehmende Fachkräftemangel zum Wettbewerb um gute Mitarbeiter führen. Die Union Krankenversicherung bietet hier den Unternehmen im Bereich der Firmenversicherung Unterstützung an. So macht zum Beispiel eine betriebliche Krankenversicherung das Unternehmen attraktiver für Fachkräfte. Sie bietet sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer viele Vorteile. Die Union Krankenversicherung sieht daher große Chancen, das Geschäftsfeld weiter ausbauen zu können.

Chancen durch Engagements und Kooperationen

Die Union Krankenversicherung erreicht durch zukunfts-trächtige Engagements und Kooperationen im Gesundheitswesen nachhaltige Wettbewerbsvorteile.

Der medizinische Beirat berät das Unternehmen mit dem Ziel, Entwicklungen im Gesundheitswesen rechtzeitig zu erkennen und umzusetzen, so dass die Kunden schnellstmöglich von sinnvollen neuen Behandlungsmethoden profitieren.

Vollversicherte Kunden haben die Möglichkeit, sich kostenlos ärztliche Ratschläge rund um die Uhr durch die medizinische Hotline MediTALK geben zu lassen. Im Rahmen des Case Managements stellt die Union Krankenversicherung sicher, dass schwer erkrankte Kunden – beispielsweise nach einem Schlaganfall – eine koordinierte sektorenübergreifende medizinische Betreuung über den gesamten Behandlungsablauf erhalten.

Die Union Krankenversicherung stellt sicher, dass bei ihren Kunden sinnvolle medizinische Innovationen, wie zum Beispiel modernste Laserverfahren bei Augenoperatio-

nen oder der Genexpressionstest Oncotype DX®, der bei Brustkrebskrankungen eine von Experten anerkannte sinnvolle Hilfe bei der Therapieentscheidung bietet, frühzeitig erhalten.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch fortschreitende Digitalisierung

Der digitale Wandel hat das Verhalten von Kunden stark verändert. Soziale Netzwerke und die immer stärkere Nutzung des Internets, auch für die Interaktion mit den Versicherungsunternehmen, stellen eine große Herausforderung für etablierte Serviceversicherer dar. Die Union Krankenversicherung begreift dies als Chance und setzt die digitale Strategie aktuell in einem konzernweiten Digitalisierungsprojekt um.

Mit der RundumGesund-App wurde der Einstieg in eine papierlose Abrechnung in der privaten Krankenversicherung geschaffen, der Kunde reicht mit dem Smartphone seine Belege ein und stößt so die Bearbeitung der Abrechnung an.

Mit dem neuen Online-Kundenbereich wird der Kunde zukünftig seine Versicherungsverträge online verwalten und mit einem elektronischen Postfach seine Korrespondenz papierlos abwickeln können.

Die bestehende Integration in die Internetauftritte der Sparkassen mit Tarifrechnern und Produktinformationen wird weiter vertieft. Perspektivisch wird eine Integration in das Online-Banking der Sparkassen angestrebt, so dass der Kunde seine Versicherungsangelegenheiten auch aus dem Online-Banking heraus starten kann.

Die Versicherungskammer Bayern wurde für ihren Internetauftritt als Top-Website 2015 ausgezeichnet. Von der Süddeutschen Zeitung und Google wurde die Versicherungskammer Bayern mit dem Innovationspreis „Digitaler Vordenker der Versicherungswirtschaft“ geehrt. Ausgezeichnet wurde der Konzern für das Pilotprojekt Inputmanagement Plus, das sich mit innovativen Methoden zur Textanalyse beschäftigt, um Kundenanschriften besser zu verstehen.

Chancen durch Mitarbeiter

Durch den demografischen Wandel stehen mittel- bzw. langfristig weniger Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern zu binden. Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich Führungskräfte und Mitarbeiter mit verschiedenen Fragen zur Diversity im Konzern VKB. Eng damit verbunden sind Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt mit der Team- und Personalentwicklung. Gleichzeitig schärft Diversity das Kundenverständnis der Mitarbeiter und Füh-

rukungskräfte. Diese Kultur versteht der Konzern als permanenten Prozess für nachhaltigen Erfolg.

Der Konzern schafft Rahmenbedingungen für unterschiedliche Lebensentwürfe, Einstellungen und Persönlichkeiten, um sich verändernde Mitarbeiterbedürfnisse zu berücksichtigen. Ein Gewicht liegt dabei auf Maßnahmen zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie und betrieblichem Gesundheitsmanagement.

Unsere Führungskultur fördert die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit. Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg.

So ist der Konzern gut positioniert, auch unter veränderten Rahmenbedingungen weiterhin als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen sieht seine Chancen in erster Linie im weiteren Ausbau seiner führenden Wettbewerbsposition durch die bedarfsgerechte Produktpalette sowie seiner hervorragenden Service- und Vertriebspräsenz.

Das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen ist integraler Bestandteil des Managements. Elementar für eine effiziente Unternehmens- und Konzernsteuerung ist eine klare und transparente Strategie, die auf die langfristige Sicherung der Unternehmensexistenz abzielt, und deren entsprechende Umsetzung. Die Veränderungen der Rahmenbedingungen werden laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und flexibel darauf reagieren zu können.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß § 64a VAG gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) sowie den zukünftigen Anforderungen nach Solvency II.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag ermöglicht eine nachhaltige Wertschöpfung.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt. Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns VKB ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern VKB wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung bzw. Entscheidungsvorbereitung, gewährleisten die Förderung der Risikokultur und die Umsetzung konzernweiter Standards.

Gleichzeitig führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens auswirken können.

Das Unternehmen hat die identifizierten Einzelrisiken aus den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern gemäß den aufsichtsrechtlich konformen Risikokategorien definiert. Die identifizierten Risiken unterliegen nach Minderungstechniken (bspw. Rückversicherung) einer Nettobetrachtung.

Um den steigenden internen und externen Anforderungen an das betriebliche Risikomanagement gerecht zu werden, wird das Risikomanagementsystem des Konzerns VKB und seiner Versicherungsunternehmen stetig weiterentwickelt.

Leistungs-, finanzwirtschaftliche und allgemeine Unternehmensrisiken

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch versicherungstechnische Risiken und Kapitalanlagerisiken dominiert. Die versicherungstechnischen Risiken (Schaden-, Storno-, Kosten- und biometrisches Risiko) werden durch den verantwortlichen Aktuar überwacht. Die Kapitalanlagerisiken werden durch ausgewählte Spezialisten im Kapitalanlagenmanagement überwacht und adäquat gesteuert. Das zu den Kapitalanlagerisiken gehörende Zinsrisiko wird gemeinsam durch das Aktuariat und Kapitalanlagencontrolling überwacht.

Der Vorstand setzt sich regelmäßig sowie bei Bedarf mit den wesentlichen Risiken des Unternehmens auseinander. Er wird unterstützt durch das Zentrale Risikomanagement.

Versicherungstechnische Risiken aus der Krankenversicherung

Krankenversicherungsverträge werden auf der Basis von fest vereinbarten Leistungszusagen im Krankheitsfall kalkuliert. In die Kalkulation fließen dazu verschiedene Größen ein, wie Annahmen über künftige Schadenentwicklungen, die Lebenserwartung, die durchschnittlich erwartete Vertragsdauer, den Rechnungszins und die erforderlichen Betriebskosten.

Schadenrisiko

Das Schadenrisiko beinhaltet die Gefahr, dass, bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom kalkulierten Aufwand abweicht.

Das Schadenrisiko wird aufgrund gesetzlicher Vorgaben jedes Jahr überprüft. Dabei werden pro Tarif die erforderlichen mit den tatsächlichen Schadenaufwendungen verglichen und bei Bedarf alle Rechnungsgrundlagen des Tarifs angepasst (Beitragsanpassungsklausel).

Biometrisches Risiko

Das Risiko besteht darin, dass die tatsächliche Sterblichkeit (deutlich) unter der kalkulierten Sterblichkeit liegt und damit die Vererbung nicht im erwarteten Umfang eintritt. Die der Tarifikalkulation zugrunde liegende Annahme über die künftig erwartete Sterblichkeit wird jährlich anhand der durch die BaFin veröffentlichten Sterbetafeln überprüft. Sie müssen bei anstehenden Beitragsanpassungen auch im Bestand verwendet werden.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko spiegelt die negative Abweichung der tatsächlichen von den einkalkulierten Kosten wieder. Durch Analysen der Verwaltungs- und Abschlusskosten mithilfe der Gewinnerlegung und Steuerung der Kostenentwicklung werden Ursachen für Veränderungen und deren Trends überwacht. Bei Bedarf wird daraus eine entsprechende Gegensteuerung abgeleitet.

Stornorisiko

Das Risiko besteht darin, dass die tatsächlichen Storni (deutlich) unter den kalkulierten liegen. Die angesetzten Stornowahrscheinlichkeiten basieren auf eigenen Erfahrungswerten. Sie sind mit ausreichenden Sicherheiten versehen, um bei deutlichem und nachhaltigem Rückgang der Stornierungen (vorübergehende) Verluste zu vermeiden. Außerdem werden bei jeder möglichen Beitragsanpassung die Werte auch für den Bestand aktualisiert.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Risiken aus Kapitalanlagen betreffen im Wesentlichen Marktrisiken und Bonitäts- bzw. Spreadrisiken. Diese werden nachfolgend beschrieben.

Marktrisiko

Das Marktrisiko beschreibt die Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) sowie über die zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus. Es leitet sich daher direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab. Diese können zu Wertberichtigungsbedarf oder zu realisierten Verlusten bei der Veräußerung von Finanzinstrumenten führen.

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedge Fonds, Aktienfonds).

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückganges für Immobilien.

Das Marktrisiko schließt das Risiko aus einer Veränderung des Zinssatzes ein.

Das Währungs- bzw. Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwerts oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Im Direktbestand des Unternehmens befinden sich nur wenige währungssensitive monetäre Finanzinstrumente.

Werden zur Absicherung des Währungsrisikos in Fremdwährung getätigte Investitionen an geschlossenen und offenen Immobilienfonds mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Macro Hedges bilanziell nachvollzogen. In solchen Fällen wird nahezu der komplette Buchwert in Fremdwährung der Investition abgesichert.

Das Unternehmen überprüft täglich sein Risikoexposure bei allen Positionen, die Marktschwankungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden Standard- und Extremfallszenarien berechnet. Bei einer Verschärfung der Risikosituation wird durch ein Limitsystem ein definierter Eskalationsprozess eingeleitet.

Investitionen werden unter Berücksichtigung der Risikostragfähigkeit des Unternehmens und der Risiko- und Er-

tragsrelationen der einzelnen Kapitalanlagenklassen getätigt. Dabei sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung der Kapitalanlage gemäß § 54 VAG erfüllt.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Aktien-, Immobilien- und Rentenmärkten. Zusätzlich werden durch ein tägliches Berichtswesen die Auswirkungen der Schwankungen auf das Kapitalanlagenergebnis laufend kontrolliert und analysiert.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 48,1 Mio. Euro führen. Der entstehende Wertverlust könnte durch stille Reserven aufgefangen werden.

Unterstellt man im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, würde dies zu einer Verminderung des Zeitwerts um 286,2 Mio. Euro führen. Durch die Verschiebung der Zinskurve ergäbe sich keine ergebniswirksame Konsequenz.

Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Papiere sind im Anlageportfolio nur in geringem Maße vorhanden. Investitionen zur Absicherung und Ertragssicherung werden insbesondere im Bereich Zinsderivate bzw. einfach strukturierter Produkte getätigt. Um die Kurse des Aktienbestands zu sichern, werden Optionen und Futures eingesetzt. Die Corporate-Bonds-Bestände können bei Bedarf in den Fonds über Credit-Default-Swaps (CDS) abgesichert werden.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Stresstests hat das Unternehmen zum 31. Dezember 2015 bestanden.

Bonitäts- bzw. Spreadrisiko

Das Bonitäts- bzw. Spreadrisiko ergibt sich aufgrund eines Ausfalls oder aus einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung der Bonität (Credit Spread inkl. Länderrisiken) von Wertpapieremittenten. Es setzt sich somit aus dem Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus dem Kapitalanlagegeschäft zusammen. Bestimmende Faktoren sind insbesondere die Insolvenzwahrscheinlichkeit, die Veränderung der Ratingeinstufung sowie die verschiedenen Bewertungsabschläge je Ratingkategorie.

Im Unternehmen werden Kontrahentenrisiken durch ein Limitsystem begrenzt. Die Kreditqualität des Bestands festverzinslicher Wertpapiere zeigt sich daran, dass zum 31. Dezember 2015 94,7 Prozent der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren mit einem Rating im Investment-grade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Ratingklassen (Buchwert) stellt sich im Unternehmen wie folgt dar:

	Zinsträger		Davon Bonitätsranking							Ohne Rating
	Buchwerte	Quote	AAA	AA	A	BBB	BB	B	CCC	
	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Öffentlicher Sektor	1.573,8	43,1	1.013,4	500,1	9,9	37,7	7,0	5,8	–	–
Kreditinstitute	1.052,9	28,8	444,8	346,1	179,5	74,8	5,1	–	2,5	–
▪ davon gedeckt	859,6	23,5	444,5	286,8	94,0	31,7	2,6	–	–	–
▪ davon ungedeckt	193,2	5,3	0,3	59,4	85,4	43,1	2,5	–	2,5	–
Hybrid/Nachrang	36,2	1,0	–	–	5,0	21,0	5,0	–	5,2	–
Sonstige	989,6	27,1	43,6	62,8	258,1	461,5	89,0	65,3	–	9,3
Gesamt	3.652,4	100,0	1.501,8	909,0	452,5	595,0	106,1	71,2	7,7	9,3

Die konservative Anlagestrategie des Konzerns VKB zeigt sich auch im geringen Investitionsvolumen in Staatsanleihen der als kritisch eingestuften PIIGS-Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien (0,2 Prozent der konzernweiten Kapitalanlagen nach Zeitwert). Aufgrund der vorhandenen hohen stillen Reserven auf den Gesamtkapitalanlagenbestand wäre im Konzern VKB sogar ein Gesamtausfall dieser Anlagen verkraftbar.

Das Bonitätsrisiko wird im Direktbestand durch strenge Vergabemodalitäten minimiert. Werden innerhalb von Investmentanteilen Bonitätsrisiken eingegangen, so werden diese ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte laufend überwacht.

Zinsgarantierisiko Kranken

Unter dem Zinsrisiko versteht man die Gefahr, dass die erzielten Kapitalanlagenerträge nicht ausreichen, um die notwendige rechnungsmäßige Verzinsung der Deckungsrückstellung zu erbringen.

Der Rechnungszins ist ein zentrales Element der Rechnungsgrundlagen in der privaten Krankenversicherung und besonders für die Prämienberechnung und die Kalkulation der Alterungsrückstellungen von Bedeutung.

Einmal jährlich muss jeder Krankenversicherer mittels des sogenannten AUZ-Verfahrens zur Bestimmung des aktuariellen Unternehmenszins nachweisen, dass der verwendete Rechnungszins angemessen ist. Das AUZ-Verfahren hat zum wesentlichen Inhalt die unternehmensindividuelle Prognose einer Renditeuntergrenze aus aktuarieller Sicht auf der Grundlage zukunftsorientierter Parameter. Ergibt diese Berechnung, dass der in einem Tarif einkalkulierte Rechnungszins zukünftig nicht erwirtschaftet werden kann, so muss er im Rahmen der nächsten Beitragsanpassung entsprechend reduziert werden.

Um die für die Wahrung der Solvabilität notwendigen Sicherungsmittel jederzeit zu gewährleisten, hat das Un-

ternehmen umfangreiche Asset-Liability-Management (ALM)- und Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus auf die HGB- und die Solvency II-Bilanz mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen geprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen, aber auch der Verbindlichkeiten abzuleiten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Diese Risiken bezeichnen die Forderungsausfallrisiken gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern, Versicherungspartnern und Rückversicherern. Der Ausfall bzw. die Veränderung der Bonität oder Bewertung der Bonität von Wertpapieremittenten (Credit Spread) findet im Spread- bzw. Bonitätsrisiko Berücksichtigung.

Die fälligen wertberechtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 10,0 Mio. Euro. Die wertberechtigten Forderungen, welche älter als 90 Tage sind, betragen 6,7 Mio. Euro.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden und Vermittler wurden zur Risikovorsorge um eine ausreichende Pauschalwertberichtigung vermindert.

Durchschnittlich wurden in den vergangenen drei Jahren 85,1 Prozent der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen pauschal wertberichtigt. Diese Ausfallquote ergibt sich im Wesentlichen aus Außenständen gegenüber Versicherungsnehmern, die zum Bilanzstichtag im Notlagentarif versichert sind und deren Voll-Versicherungsverträge nicht gekündigt werden können.

Bei Krankenversicherungsunternehmen ist bei Beitragsausfall aufgrund der Pflicht zur Versicherung in der Vollversicherung keine Kündigung seitens des Versicherers zulässig. Ungeachtet dessen unterliegt der Versicherer einer

Leistungspflicht. Dem Risiko wird mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet. Das Risiko wird durch den beitragsreduzierten Notlagentarif verringert.

Darüber hinaus besteht gegenüber Rückversicherungspartnern ein Forderungsausfallrisiko, welches das Unternehmen laufend überwacht.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Cashflows aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Planung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Cash-Flows, die entsprechenden Zahlungsströme und die notwendige Liquidität ermittelt.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass die Verbindlichkeiten gegenüber allen Versicherungsnehmern jederzeit erfüllt werden können.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko entsteht dadurch, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Sie können sowohl durch stark korrelierte Geschäftsfeldaktivitäten als auch durch das Eingehen von hohen Einzelrisiken entstehen. Im Rahmen der Kapitalanlage werden Konzentrationsrisiken insbesondere durch einen hohen Diversifizierungsgrad innerhalb des Anlageportfolios beschränkt. Derzeit sind keine unbeherrschbaren Risikokonzentrationen erkennbar.

Im versicherungstechnischen Geschäft der Krankenversicherung können Konzentrationsrisiken beispielsweise aus auftretenden Pandemien resultieren. Diese Art des Konzentrationsrisikos wird durch eine geeignete Risikostreuung begrenzt.

Darüber hinaus wird durch regelmäßige Überwachung und Analyse des Versicherungsbestands auf Basis spezifischer Kenngrößen und Schwellenwerte versucht, die Entstehung von Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des „Operational Risk Insurance Consortium (ORIC)“.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes internes Kontrollsystem vermindern solche Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich minimiert.

Im Bereich der Datenverarbeitung setzt das Unternehmen auch externe IT-Dienstleister ein. Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsprozesse und -funktionen auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllen können.

Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen gesetzlicher oder vertraglicher Rahmenbedingungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherungsunternehmens haben können. Zum strategischen Risiko zählt auch das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Eine breite Palette von laufenden strategischen Maßnahmen wie das Beteiligungsmanagement und Marktbeobachtungen kommen im Unternehmen zum Einsatz, um strategische Risiken zu identifizieren und konsequent zu managen.

Darüber hinaus überprüft das Unternehmen jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Eines der größten strategischen Risiken für die private Krankenversicherung stellen weiterhin die Einführung einer Bürgerversicherung und der damit verbundene Wegfall der privaten Krankheitskostenvollversicherung dar. Die Krankenversicherungsunternehmen des Konzerns VKB setzen sich gemeinsam mit dem PKV-Verband aktiv für den Erhalt der privaten Krankheitskostenvollversicherung ein. Die aktuelle Koalitionsvereinbarung sieht den Erhalt des dualen Systems vor. Es verbleibt das längerfristige Risiko des Umbaus bzw. des Wegfalls der substitutiven Krankheitskostenvollversicherung. Im Rahmen von Stress-Szenarien wurden mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen analysiert und wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Dieser berücksichtigt unter anderem die strategische Positionierung sowie den Ausbau der Kerngeschäftsfelder Zusatz-, Pflegezusatz- und Firmenversicherung.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inklusive Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Zentralen Risikomanagement und der verantwortlichen Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder soziale Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt unter anderem dazu bei, durch Rechtsverstöße potenziell auftretende Reputationsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern VKB der Einhaltung des GDV-Kodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für den Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern. Die Solvabilitätsquote lag im Geschäftsjahr über der aufsichtsrechtlichen Mindestsolvabilitätsanforderung.

Tritt eines der vorgenannten Risiken über die getroffenen Risikominderungsmaßnahmen hinaus ein, kann dies nach der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen zu einer ergebniswirksamen Belastung für das Unternehmen führen.

Aus heutiger Sicht liegen keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unternehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden

internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Des Weiteren wurden umfangreiche Konzepte, Prozesse und Strukturen zur Erfüllung zukünftiger aufsichtsrechtlicher Anforderungen an das Risikoberichtswesen erstellt und etabliert. Gleichzeitig wurde die Risikostrategie entsprechend weiterentwickelt. Auch die Risikosteuerung konnte weiter verbessert werden. Diese erfolgt mittels operativer Limitsysteme in allen Geschäftsfeldern von der Kapitalanlage über die Sparten bis zur Rückversicherung. Wesentliche Bestandteile sind dabei das Ad-hoc-Meldewesen und das Eskalationsverfahren zur Sicherstellung von Handlungsoptionen.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen werden derzeit deutlich verändert. Das Unternehmen hat sich intensiv auf die Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II vorbereitet und die notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Auswirkungsstudien im Vorfeld von Solvency II zeigen für das Unternehmen eine ausreichende Kapitalisierung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung wird die Konjunkturerholung im Euroraum 2016 weiter voranschreiten, ein Konjunkturaufschwung wird jedoch nicht erwartet. Für 2016 rechnen die Wirtschaftssachverständigen mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent. Dazu trägt Deutschland mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent bei, die vor allem vom privaten Konsum getragen wird. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist nach wie vor gut und wird zu einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit und deutlichen Lohnsteigerungen führen. Damit wird die Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, im nächsten Jahr weiterhin günstig eingeschätzt. Geringere Wachstumspulse werden aus dem gewerblich-industriellen Bereich kommen. Die deutsche Versicherungswirtschaft insgesamt erwartet für das Jahr 2016 Beitragseinnahmen auf Vorjahresniveau.

Branchenentwicklung

In der privaten Kranken- und Pflegeversicherung ist die Geschäftsentwicklung maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen sowie von der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte geprägt. Derzeit sind die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Krankenversicherung stabil. Bei einer anhaltend günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte dürfte der seit einigen Jahren beobachtete Trend zu mehr privater Vorsorge anhalten. Hiervon wird insbesondere das Geschäft mit privaten Kranken- und Pflegezusatzversicherungen profitieren – als Ergänzung bzw. Verbesserung des Leistungsumfangs der gesetzlichen Krankenversicherung oder zum Schließen von Versorgungslücken im Pflegefall.

Unternehmensentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2016 geht die Gesellschaft von einem positiven Verlauf aus.

Die Union Krankenversicherung geht im Bereich der gebuchten Bruttobeiträge von einem leichten Anstieg aus, der nur geringfügig auf einer Beitragsanpassung beruht. Vielmehr rechnet die Gesellschaft bedingt durch die positive Reallohnentwicklung und einer erhöhten Nachfrage im Bereich der Zusatzversicherungen mit einem leichten Beitragswachstum. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden sich aufgrund der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen ähnlich wie im Jahr 2015 entwickeln. Die PKV-Schadenquote, die durch die Veränderung der Deckungsrückstellung wesentlich beeinflusst ist, wird voraussichtlich moderat ansteigen.

Die Niedrigzinsphase wird sich auch im Jahr 2016 fortsetzen. Die Union Krankenversicherung ist auf diese Situation vorbereitet, wird ihre Anlagenpolitik fortführen und geht von einem nahezu unveränderten Nettoergebnis aus der Kapitalanlage aus. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen wird dabei wegen des steigenden Kapitalanlagenbestands leicht sinken.

Der Jahresüberschuss 2016 wird leicht über dem Niveau der Vorjahre liegen.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die kommende Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und vorsichtiger Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Zukunftsprognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Im April 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“.

Durch eine daraus resultierende Änderung des Aktiengesetzes ist die Gesellschaft verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Der Aufsichtsrat legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 13,3 Prozent im Aufsichtsrat und 30,0 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 30,0 Prozent in der ersten und 28,6 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen sollen bis zum 30. Juni 2017 erreicht werden.

Definitionen

Abschlusskostenquote brutto

Die Abschlusskostenquote brutto ist das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „Netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

RfB-Quote

Die RfB-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang die Unternehmen zusätzliche Mittel für Beitragsentlastungen in der Zukunft zur Verfügung haben.

Rohüberschuss

Der Rohüberschuss ist der Jahresüberschuss nach Steuern zuzüglich der Bruttoaufwendungen für erfolgsabhängige Rückstellung für Beitragsrückerstattung und zuzüglich der im Geschäftsjahr gewährten Direktgutschriften.

Schadenquote

Das Verhältnis des Schadenaufwands zu den verdienten Bruttobeiträgen ergibt die Schadenquote.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Überschussverwendungsquote

Die Überschussverwendungsquote errechnet sich aus dem Verhältnis des verwendeten Überschusses zum Rohergebnis nach Steuern.

Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote

Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote errechnet sich aus dem Verhältnis des versicherungsgeschäftlichen Ergebnisses zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie gibt an, wie viel von den Jahresbeitrageinnahmen nach Abzug der Aufwendungen übrig bleibt.

Verwaltungskostenquote brutto

Die Verwaltungskostenquote brutto ist das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Einzel-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Einzel-Krankentagegeldversicherung

Krankentagegeldversicherung

Restschuldversicherung

Selbstständige Einzel-Krankentagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Einzel-Teilversicherung

Sonstige Teilversicherung

Gruppen-Krankenversicherung

(nach Einzel- und Sondertarifen)

Gruppen-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Gruppen-Krankentagegeldversicherung

Gruppen-Krankentagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Gruppen-Teilversicherung

Pflegepflichtversicherung

Pflegezusatzversicherung (Einzel- und Gruppe)

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegevorsorgeversicherung

Übrige und nicht aufgliederte Krankenversicherung

Auslandsreise-Krankenversicherung

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.111.940	2.114.264
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundene Unternehmen	26.876	
2. Beteiligungen	7.760.860	12.243.459
3. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600.000	600.000
	8.387.736	12.843.459
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.596.396.822	1.189.469.478
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	123.379.536	123.752.739
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	1.112.709.268	1.147.080.214
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.074.300.159	1.153.070.327
c) übrige Ausleihungen	11.150.000	22.150.332
	2.198.159.427	2.322.300.873
4. Einlagen bei Kreditinstituten	28.000.000	29.000.000
	3.945.935.785	3.664.523.090
	3.956.435.461	3.679.480.813
B. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	9.576.353	8.296.049
2. Versicherungsvermittler	467.649	222.564
davon: an verbundene Unternehmen: 3.484 (2.329) €	10.044.002	8.518.613
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	551.935	403.826
davon: an Beteiligungsunternehmen: 78.298 (43.889) €		
III. Sonstige Forderungen	4.195.036	1.889.252
davon: an verbundene Unternehmen: 2.113.690 (569.613) €	14.790.973	10.811.691
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	680.338	638.503
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	27.021.057	6.430.042
	27.701.395	7.068.545
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	45.273.288	48.111.168
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	293.352	61.009
	45.566.640	48.172.177
Summe der Aktiva	4.044.494.469	3.745.533.226

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, den 27. Januar 2016

Der Treuhänder
Johann Pöschl

Passivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	2.045.168	2.045.168
II. Kapitalrücklage	62.327.175	62.327.175
III. Gewinnrücklagen		
andere Gewinnrücklagen	14.826.228	12.826.108
IV. Bilanzgewinn	13.000.160	14.800.020
	92.198.731	91.998.471
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
Bruttobetrag	22.987.863	22.502.708
II. Deckungsrückstellung		
Bruttobetrag	3.558.923.723	3.258.724.447
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Bruttobetrag	111.286.543	98.238.469
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Bruttobetrag		
1. erfolgsabhängige	218.494.556	223.020.401
2. erfolgsunabhängige	3.656.557	14.761.027
	222.151.113	237.781.428
	3.915.349.242	3.617.247.052
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	10.203.578	8.688.119
II. Steuerrückstellungen	13.090.621	5.586.843
III. Sonstige Rückstellungen	5.682.779	5.921.821
	28.976.978	20.196.783
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
1. Versicherungsnehmern	3.433.621	3.386.541
2. Versicherungsvermittlern	225.736	191.262
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 19.043 (24.900) €	3.659.357	3.577.803
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	295.519	248.063
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 295.519 (248.063) €		
III. Sonstige Verbindlichkeiten	4.006.463	12.191.815
davon: aus Steuern: 423.813 (430.187) €	7.961.339	16.017.681
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.225.987 (10.294.917) €		
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen: 999.360 (1.069.378) €		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.179	73.239
Summe der Passiva	4.044.494.469	3.745.533.226

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

München, den 15. Januar 2016

Der verantwortliche Aktuar
Läuter-Lüttig

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	696.537.435	679.755.275
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	515.745	489.543
	696.021.690	679.265.732
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-485.155	-234.677
	695.536.535	679.031.055
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung		
	57.292.964	25.927.084
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	2.848.424	1.452.189
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.363	7.363
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	116.406.284	123.833.740
davon: aus Beteiligungsunternehmen: 42.000 (42.000) €	116.413.647	123.841.103
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	16.491.055	16.488.042
	135.753.126	141.781.334
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		
	617.345	1.777.305
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	389.656.843	365.253.125
bb) Anteil der Rückversicherer	355.755	253.558
	389.301.088	364.999.567
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Bruttobetrag	12.780.315	9.328.934
	402.081.403	374.328.501
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
Deckungsrückstellung		
Bruttobetrag	300.199.276	262.584.686
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		
a) erfolgsabhängige	54.307.712	81.296.282
b) erfolgsunabhängige	901.459	130.476
	55.209.171	81.426.758

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	65.654.131	63.822.014
b) Verwaltungsaufwendungen	14.068.554	13.836.819
	79.722.685	77.658.833
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	163.788	168.558
	79.558.897	77.490.275
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.341.716	898.563
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	7.052.504	762.231
davon: außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB 7.050.181 (759.908) €		
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.573	10.000.000
	8.398.793	11.660.794
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	2.701.905	2.778.536
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	41.050.525	38.247.228
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	39.247.696	40.325.770
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung: 523.378 (221.421) €		
2. Sonstige Aufwendungen	48.579.900	49.643.055
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung: 606.851 (98.582) €		
	-9.332.204	-9.317.285
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	31.718.321	28.929.943
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.664.879	12.083.223
davon: Veränderung latente Steuern 0 (-555.489) €		
5. Sonstige Steuern	53.162	46.580
	16.718.041	12.129.803
6. Jahresüberschuss	15.000.280	16.800.140
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	-	-
b) in andere Gewinnrücklagen	2.000.120	2.000.120
	2.000.120	2.000.120
8. Bilanzgewinn	13.000.160	14.800.020

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung sowie der Satzung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit werden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Euro ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und ggf. bei dauernder Wertminderungen um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 und 4 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip).

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB grundsätzlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt. Sind diese Kapitalanlagen dazu bestimmt, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen, erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Bei Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet.

Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei zum Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen, Namenschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrigen Ausleihungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Nullkuponanleihen wurden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Kapitalanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 256a S. 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a S. 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 S. 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Sicherungsgeschäfte

Devisentermingeschäfte sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung Sicherungsgeschäfte und werden mit den gesicherten Geschäften zu Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB zusammengefasst. Zum Bilanzstichtag wurde der wirksame Teil der Bewertungseinheit entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Für den ineffektiven Teil wurde im Fall eines negativen Überhangs eine Drohverlustrückstellung in entsprechender Höhe gebildet.

Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen aus dem selbstabgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie **sonstige Forderungen** wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** wurden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfielen auf das Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise – berechnet. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Unter den **Deckungsrückstellungen** werden die Alterungsrückstellung, die Zusatzrückstellung und der gesetzliche Beitragszuschlag in der Krankenversicherung ausgewiesen. Deckungsrückstellungen wurden grundsätzlich nach versicherungstechnischen Methoden ermittelt.

In der Krankenversicherung sehen die gesetzlichen Vorgaben für die meisten Tarife für die gesamte Versicherungsdauer grundsätzlich einen konstanten Beitrag vor. Da allgemein das Krankheitsrisiko mit dem Alter zunimmt, beinhaltet die Kalkulation der Beiträge in den ersten Versicherungsjahren eine Ansparung zum Aufbau der Alterungsrückstellung, die im späteren Verlauf der Versicherung zur Finanzierung der dann erwarteten höheren Krankheitskosten aufgezehrt wird. Der Verlauf dieses Spar- und Entsparvorgangs hängt vom Geschlecht und dem individuell vereinbarten Versicherungsschutz ab und entsprach in seiner Höhe zum Bilanzstichtag der Passivposition Deckungsrückstellung.

Für vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung gilt, dass bei Verlassen der Versichertengemeinschaft durch Tod oder Stornierung die einzelvertraglich gerechnete Alterungsrückstellung auf die verbleibende Versicherungsgemeinschaft übertragen wird.

Für ab dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung werden dem Versicherten bei Verlassen der Versichertengemeinschaft durch Stornierung Teile der Alterungsrückstellung mitgegeben, die dem Vertrag beim aufnehmenden Versicherungsunternehmen – es besteht Versicherungspflicht – gutgeschrieben werden.

Für die älteren Verträge bestand bei einer Kündigung vor dem 1. Juli 2009 ebenfalls eine Option zur Mitnahme von Alterungsrückstellung, die allerdings nur in geringem Umfang genutzt wurde.

Beide Ausprägungen wurden bereits bei der Beitragskalkulation über verschiedene Ausscheidewahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Bei der prospektiven Berechnung der Alterungsrückstellung haben Prämien und Rückstellung identische Rechnungsgrundlagen. Der Berechnung lagen ein Rechnungszins, Rechnungsgrundlagen, Annahmen zu Kopfschäden und weitere Größen zugrunde.

Der Rechnungszins lag tarifabhängig zwischen 3,5 Prozent und 2,43 Prozent.

Die sogenannte Ausscheideordnung enthält die Annahmen zu den alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeits- und Stornowahrscheinlichkeiten.

Die Kopfschäden sind die auf einen Tarifversicherten entfallenden durchschnittlichen tarif-, alters- und geschlechtsabhängigen Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen. Die Beiträge enthielten einen Sicherheitszuschlag von mindestens 5 Prozent. Weitere Zuschläge innerhalb der Beitragskalkulation wurden insbesondere für Abschlusskosten, Schadenregulierungsaufwendungen und Verwaltungskosten vorgenommen.

Für die Bestimmung der Rechnungsgrundlagen wurden interne und, sofern die Verwendung interner Werte nicht möglich war, externe Quellen genutzt. So wurden für die Sterbewahrscheinlichkeiten die von der BaFin veröffentlichten Werte verwendet. Den Stornowahrscheinlichkeiten lagen unternehmenseigene Untersuchungen zugrunde.

Die Beitragskalkulation und Rückstellungsberechnung auf Basis aktualisierter Rechnungsgrundlagen erfolgte für das Neugeschäft direkt und für den Bestand nach einer Beitragsanpassung.

Kopfschäden, Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten wurden unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Risikoeinschätzung veranschlagt.

Die Zuschläge für den Abschluss von Versicherungsverträgen, die Verwaltungs- und Schadenregulierungsaufwendungen wurden für neue Tarife auf Grund interner Beobachtungen der tatsächlichen Aufwendungen bestimmt.

Bei Beitragsanpassungen wurden diese Zuschläge entsprechend der Beitragsveränderung des Bestandes angepasst.

Sofern andere als die von der BaFin veröffentlichten Werte für die Kopfschäden verwendet wurden, sind die ihnen zugrunde liegenden Annahmen durch geeignete Statistiken belegt.

Die Angemessenheit der Rückstellung hängt von der Sicherheit der verwendeten Berechnungsparameter ab. Da diese grundsätzlich bei Beitragsanpassungen überprüft wurden, sind keine Unterreservierungen zu erwarten.

Den steigenden Kosten im Gesundheitswesen wurde in der Krankenversicherung durch die Durchführung von Beitragsanpassungen Rechnung getragen. Diese wurden mit Zustimmung des Treuhänders durchgeführt.

Aus dem Mitversicherungsvertrag für die Pflegepflichtversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der KVB.

Die Zusatzrückstellung für Beitragsermäßigungen im Alter wurde auf der Basis der positiven Deckungsrückstellung vom 31. Dezember des Vorjahres einzeln ermittelt und zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gutgeschrieben.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, wobei die bis zum Ermittlungszeitpunkt abgewickelten Versicherungsfälle der Vorjahre und Erfahrungen aus der Vergangenheit zugrunde liegen. Soweit Unsicherheiten hinsichtlich der Höhe der zu leistenden Schadenzahlungen bestanden, wurde ein vorsichtiger Wert in Ansatz gebracht.

Forderungen aus Regressen wurden von der Rückstellung abgesetzt. Die Rabatte auf Arzneimittel wurden aufgrund des im Jahr 2011 eingeführten Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) rückstellungsmindernd berücksichtigt.

Für die Pflegeversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der KVB.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten. Sie wurde aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit anteilig aus den zurückgestellten Versicherungsleistungen ermittelt. Dieser Betrag wurde entsprechend den steuerlichen Vorschriften gekürzt.

Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

In der Krankenversicherung ist geregelt, dass die Versicherungsnehmer an den aus den vorsichtigen Kalkulationsgrundlagen entstehenden Überschüssen angemessen zu beteiligen sind.

Grundsätzlich erfolgte die Überschussbeteiligung über Direktgutschriften zu individuell vorhandenen Alterungsrückstellungen und als Zuführungen zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB).

Nach den geltenden Vorschriften wurde eine Mindestzuführung in Höhe von 80 Prozent des Rohüberschusses in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Kranken- und in der Pflegepflichtversicherung als angemessen angesehen.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung besteht in der Krankenversicherung aus der erfolgsabhängigen RfB für die nach Art der Lebensversicherung kalkulierten Tarife und der erfolgsunabhängigen RfB. Die erfolgsunabhängige RfB setzt sich im Wesentlichen aus einem Teil der Überzinsbeteiligung der Versicherungsnehmer und der poolrelevanten RfB innerhalb der Pflegepflichtversicherung zusammen. Ab 2012 erfolgte die poolrelevante Zuführung innerhalb der erfolgsabhängigen RfB, so dass dieser Teil innerhalb der erfolgsunabhängigen RfB mit seiner Verwendung abgebaut wird.

Wegen der in der Vergangenheit in Verbindung mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen aufgetretenen Problematik stark angestiegener Beiträge bei älteren Versicherten wurden die Versicherungsunternehmen verpflichtet, zur Beitragsstabilität und zur Beitragsermäßigung im Alter gesonderte Beträge festzulegen. Diese ergaben sich aus der unternehmenseigenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen. Davon sind 90 Prozent der über den Rechnungszins hinausgehenden und auf die Deckungsrückstellung der betroffenen Verträge des Vorjahres entfallenden Kapitalerträge (Überzins) diesem Verwendungszweck zuzuführen. Die Beträge aus der Überzinsbeteiligung sowie diejenigen, die der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt wurden, wurden fast ausschließlich auf die jährliche Mindestzuführung angerechnet.

Bei Neuzugängen in der substitutiven Krankenversicherung wird seit dem 1. Januar 2000 ein gesetzlicher Zuschlag in Höhe von 10 Prozent auf die Bruttoprämie erhoben und ebenfalls der Deckungsrückstellung direkt zugeführt. Für Kunden, die bereits vor dem 1. Januar 2000 versichert waren und der Einführung des Zuschlags nicht widersprochen haben, beträgt der Zuschlag mittlerweile ebenfalls 10 Prozent. Hieraus ergab sich ein weiterer Rückstellungsbetrag, der direkt der Alterungsrückstellung zugeführt wurde und zur Beitragsermäßigung im Alter dient.

Die in der RfB angesammelten Mittel wurden grundsätzlich innerhalb von drei Jahren verwendet, indem sie als Einmalbeitrag zur Milderung von Beitragsanpassungen dienten oder zur Auszahlung (Beitragsrückerstattung) kamen. Die Verwendung der Mittel ist grundsätzlich von der Zustimmung eines unabhängigen Treuhänders abhängig.

Die Berechnung der **Pensions- und Jubiläumsrückstellungen** erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels des sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts von § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde die Pensionsrückstellung mit einem Zinssatz von 3,89 Prozent (7-Jahres-Durchschnittszins) berechnet. Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein Zinssatz von 3,40 Pro-

zent verwendet. Es wurde von einer künftigen Gehaltsentwicklung von 2,2 Prozent sowie einer Fluktuation von 1,96 Prozent bei Frauen und 1,81 Prozent bei Männern ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik von 2,0 Prozent verwendet. Um den Verwaltungskosten sowie der Unsicherheit der Sterblichkeit und Invalidität Rechnung zu tragen, wurde die Pensionsrückstellung um 539 Tsd. Euro bzw. 5 Prozent aufgestockt.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 3 ermittelt. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,53 Prozent, einer Gehaltssteigerung von 2,2 Prozent und einer Fluktuationsrate von null verwendet. Als Verpflichtung wurden die Leistungen bewertet, die sich aufgrund der Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergaben.

Die Pensionsrückstellung sowie die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Alle **übrigen Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten aus dem selbstabgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft und sonstige Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern werden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanzen sowie für steuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Die Bewertung temporärer bzw. quasi-temporärer Differenzen sowie der steuerlichen Verlustvorträge erfolgt mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 42,3 (42,3) Prozent.

Die passiven latenten Steuern entstehen aus der unterschiedlichen Bewertung von Kapitalanlagen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bei der Pensionsrückstellung und den sonstigen Rückstellungen sowie aus der Aktivierung selbst erstellter Vermögensgegenstände in der Handelsbilanz.

Für den verbleibenden Aktivüberhang werden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert. Verlustvorträge werden nur insoweit berücksichtigt, wie sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbar sind.

Anhang

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2015

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.115	-	-
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	27	-
2. Beteiligungen	12.243	4.108	-
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600	-	-
4. Summe B. II.	12.843	4.135	-
A. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.189.469	471.340	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	123.753	14	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	1.147.080	16.262	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.153.070	83.740	-
c) übrige Ausleihungen	22.150	-	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	29.000	-	-
5. Summe B. III.	3.664.522	571.356	-
Gesamt	3.679.480	575.491	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
-	-	3	2.112
-	-	-	27
8.677	91	4	7.761
-	-	-	600
8.677	91	4	8.388
60.320	468	4.560	1.596.397
388	-	-	123.379
50.633	-	-	1.112.709
160.021	-	2.489	1.074.300
11.000	-	-	11.150
1.000	-	-	28.000
283.362	468	7.049	3.945.935
292.039	559	7.056	3.956.435

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.112	2.690	2.115	2.690
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundene Unternehmen	27	27	–	–
2. Beteiligungen	7.761	10.945	12.243	15.558
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600	635	600	634
4. Summe B. II.	8.388	11.607	12.843	16.192
A. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.596.397	1.592.863	1.189.469	1.214.956
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	123.379	152.896	123.753	157.117
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.112.709	1.371.649	1.147.080	1.443.537
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.074.300	1.303.900	1.153.070	1.430.111
c) übrige Ausleihungen	11.150	11.926	22.150	21.761
4. Einlagen bei Kreditinstituten	28.000	28.000	29.000	29.000
5. Summe B. III.	3.945.935	4.461.234	3.664.522	4.296.482
Summe B. Kapitalanlagen	3.956.435	4.475.531	3.679.480	4.315.364
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		519.096		635.884

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 519,1 (635,9) Mio. Euro und lagen bei 13,1 (17,3) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlage.

Bei den Zeitwerten der Beteiligungen und Investmentanteilen sind im Berichtsjahr die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte innerhalb der Bewertungseinheiten enthalten. Diese beliefen sich bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen auf 0,1 Tsd. Euro, bei den Beteiligungen auf –10 Tsd. Euro und bei den Investmentanteilen auf 0,4 Mio. Euro.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach folgenden branchenüblich anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertrags-

wertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren zum 31. Dezember 2015 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Fremdkapitalinstrumenten wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht wurde mit dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren ermittelt. Basis war die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditäts-spreads. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Sonstige Kapitalanlagen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden:

	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo
	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	Vorjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.556.954	1.565.445	-8.491	1.173.114	1.150.480	22.634
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	152.896	123.379	29.517	157.117	123.753	33.364
Sonstige Ausleihungen	2.687.475	2.198.159	489.316	2.895.409	2.322.301	573.108
Gesamt	4.397.325	3.886.983	510.342	4.225.640	3.596.534	629.106

Zum Bilanzstichtag wurde bei Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe eines Buchwerts von 1,8 Mio. Euro (Zeitwert 1,7 Mio. Euro), Investmentanteilen in Höhe eines Buchwerts von 1.535,4 Mio. Euro (Zeitwert 1.522,4 Mio. Euro) und sonstigen Ausleihungen in Höhe eines Buchwerts von 100,2 Mio. Euro (Zeitwert 97,7 Mio. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde. Es bestanden dabei sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

Auf Kapitalanlagen (ohne Grundstücke und Immobilien) wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von 6.885.160 (89.290) Euro vorgenommen.

Werden zur Absicherung des Währungsrisikos in Fremdwährung getätigte Investitionen an geschlossenen und offenen Immobilienfonds mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Macro Hedges bilanziell nachvollzogen. Abgesichert werden jeweils nahezu 100 Prozent des Buchwerts in Fremdwährung der Investition. Infolge der betragskongruenten Sicherung ist von einer gegenläufigen Wertänderung von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument auszugehen. Die Währungssicherung wird dabei auf den jeweiligen Buchwert in Fremdwährung abgestellt; d. h., bei Kapitalabrufen wird zeitgleich das Sicherungsvolumen auf-, bei Kapitalrückführungen entsprechend abgebaut. Dies geschieht durch den Abschluss zusätzlicher bzw. gegenläufiger Devisentermingeschäfte. Es handelt sich um eine jährlich rollierende Absicherung. Zur Effektivitätsmessung erfolgt eine Gegenüberstellung der Marktveränderungen der Devisentermingeschäfte und des Grundgeschäftes zum Geschäftsjahresende.

Zum 31. Dezember 2015 waren Investitionen in Höhe von 303.659 USD und 10.039.088 CAD abgesichert. Der Zeitwert der korrespondierenden Devisentermingeschäfte belief sich auf 433.221 Euro.

A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Es handelt sich um ein unbebautes Grundstück, ein Grundstück mit Wohnbauten und ein Grundstück mit Geschäftsbauten. Letzteres wird vom Versicherungsunternehmen im Rahmen seiner Tätigkeit eigengenutzt und besitzt wie im Vorjahr einen Bilanzwert von 1.887.313 Euro.

A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital %	Eigenkapital Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
Foyer Santé S. A.	Leudelange	25,00	3.878	97 ¹
Northam Evergreen Funds S.C.S. SICAV-FIS	Luxemburg	20,00	–	– ²

¹ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014.

² Eigenkapital und Jahresergebnis lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

B. II.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Abschreibungen enthalten Währungskursverluste in Höhe von 253 Euro.

B. II. 2. Beteiligungen

Die Abschreibungen enthalten Währungskursverluste in Höhe von 4.314 Euro.

Die Zuschreibungen enthalten Währungskursgewinne in Höhe von 91.092 Euro.

A. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Zuschreibungen enthalten Währungsgewinne in Höhe von 467.617 Euro.

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert Tsd. €	Stille Reserven Tsd. €	Stille Lasten Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	Ausschüttungen Geschäftsjahr Tsd. €
Gemischt ¹	1.529.374	–	12.869	1.516.505	26.832
Gesamt	1.529.374	–	12.869	1.516.505	26.832

¹ Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.

B. III. 3. Sonstige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Namensgenussrechte	–	11.000
Stille Beteiligungen	11.150	11.150
Gesamt	11.150	22.150

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 2.045.168 Euro und ist eingeteilt in 4.000 auf den Namen lautende Stückaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können. Es setzt sich zusammen aus 1.200 Stammaktien und 2.800 Vorzugsaktien.

Der Mehrheitsaktionär, die Consal Beteiligungsgesellschaft, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

A. III. Gewinnrücklagen

Anlageziele	Stand Anfang Geschäftsjahr €	Einstellung aus dem Vorjahres- bilanzgewinn €	Einstellung aus dem Jahresüber- schuss €	Entnahmen €	Stand Ende Geschäftsjahr €
andere Gewinnrücklagen	12.826.108	–	2.000.120	–	14.826.228
Gewinnrücklagen	12.826.108	–	2.000.120	–	14.826.228

B. II. Deckungsrückstellung

Von der Deckungsrückstellung in Höhe von 3.558.923.723 Euro entfallen 3.199.943 Euro auf die Übertragungswerte gekündigter Versicherungsverträge.

B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgs- abhängige Beitragsrück- erstattung €	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung Poolrelevante Rückstellung für Beitrags- rückerstat- tung aus der Pflegepflicht- versicherung €	Betrag nach § 12a Abs. 3 VAG €	Sonstiges €	Gesamt €
1. Bilanzwerte Vorjahr	223.020.401	10.569.280	4.191.747	–	14.761.027
2. Entnahme zur Verrechnung	45.287.035	10.569.280	1.436.649	–	12.005.929
3. Entnahmen zur Barausschüttung	13.546.522	–	–	–	–
4. Zuführung	54.307.712	–	901.459	–	901.459
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	218.494.556	–	3.656.557	–	3.656.557
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG		5.070.333	(696.271)		

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Anschaffungskosten der mit der Pensionsrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem Zeitwert und betragen 1.122.040 Euro. Der Zeitwert entspricht dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich eines vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattung (sogenannte unwiderruflich zugeteilte Überschussbeteiligung). Die entsprechenden Vermögensgegenstände werden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellung von 11.325.618 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung werden Erträge in Höhe von 47.616 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 442.925 Euro verrechnet.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Jubiläumswendungen	1.386.083	1.114.291
Provisionszahlungen	1.315.741	1.227.592
Drohende Verluste	540.007	1.033.809
Urlaubsverpflichtungen	491.253	455.055
Ausstehende Rechnungen	424.596	419.594
Gleitzeit/Überstunden	355.578	409.814
Variable Vergütung	334.794	337.633
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	284.800	284.800
Altersteilzeit	283.327	242.570
Jahresabschlusskosten	162.408	172.746
Sonstige	104.192	223.917
Gesamt	5.682.779	5.921.821

Die Anschaffungskosten der mit der Altersteilzeitrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 677.342. Euro und entsprechen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände werden mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtung von 960.669 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung werden Erträge in Höhe von 22.664 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 23.924 Euro verrechnet.

F. Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern entstehen im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Bewertung von Kapital. Die passiven latenten Steuern entstehen aus der unterschiedlichen Bewertung von Kapitalanlagen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bei der Pensionsrückstellung und den sonstigen Rückstellungen sowie auf der Aktivierung selbst erstellter Vermögensgegenstände in der Handelsbilanz.

Für den verbleibenden Aktivüberhang werden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert. Verlustvorträge werden nur insoweit berücksichtigt, wie sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbar sind.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennwert von 18.491.966 Euro bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 31.802.228 Euro.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen in den §§ 124 ff. VAG sind die privaten Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgabe Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2,0 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich eine mögliche Zahlungsverpflichtung von 7.830.698 Euro.

Im Rahmen eines Mitversicherungsvertrags zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG vom 26. Mai 1994 für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) haftet jeder der Mitversicherer für die zu erbringenden Versicherungsleistungen gegenüber jedem Versicherungsnehmer als Gesamtschuldner und gegenüber jedem Mitversicherer in Höhe der jeweiligen Mitversicherungsquote, die für das Kalenderjahr aufzubringen ist, in dem die Versicherungsleistung erbracht wird.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen belaufen sich auf insgesamt 16.308.370 Euro.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschäftsjahr lfd. Beitrag €	Geschäftsjahr Einmalbeitrag €	Vorjahr lfd. Beitrag €	Vorjahr Einmalbeitrag €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Einzelversicherung				
Krankheitskostenvollversicherungen	331.142.269	–	332.670.240	–
Krankentagegeldversicherungen	30.464.281	–	30.811.975	–
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	12.642.735	–	12.728.478	–
Pflegezusatzversicherungen	58.318.399	–	49.430.115	–
Sonstige selbständige Teilversicherungen	139.319.768	–	133.640.870	–
Pflegepflichtversicherungen	28.338.178	–	26.054.227	–
Beihilfeablöseversicherungen	–	–	–	–
Restschuldversicherungen	–	97	–	3.702
Auslandsreisekrankenversicherungen	2.245.326	32.159.092	2.019.250	31.539.212
Summe	602.470.956	32.159.189	587.355.155	31.542.914
Gruppenversicherung				
Krankheitskostenvollversicherungen	41.103.713	–	40.847.731	–
Krankentagegeldversicherungen	3.222.867	–	3.401.624	–
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	547.119	–	547.432	–
Sonstige selbstständige Teilversicherungen	13.702.249	–	13.223.613	–
Pflegezusatzversicherungen	3.021.422	–	2.529.380	–
Auslandsreisekrankenversicherungen	–	–	–	–
Summe	61.597.370	–	60.549.780	–
Gesamt	664.068.326	32.159.189	647.904.935	31.542.914
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	309.920		307.426	
Gesamtes Versicherungsgeschäft		696.537.435		679.755.275

Der Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 12 Abs. 4 a VAG belief sich auf 24.879.150 Euro (Vorjahr 26.459.681 Euro).

Anzahl der versicherten natürlichen Personen

Zum 31. Dezember 2015 waren gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 Satz 4 RechVersV insgesamt 1.181.169 (1.152.697) natürliche Personen versichert.

Von den versicherten Personen¹ entfielen auf:

	Geschäftsjahr Anzahl	Vorjahr Anzahl
Krankheitskostenvollversicherungen	97.568	100.382
Krankentagegeldversicherungen	201.953	198.117
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	237.150	235.912
Pflegezusatzversicherungen	179.524	159.695
Sonstige selbständige Teilversicherungen	769.072	750.593
Pflegepflichtversicherungen ²	108.820	112.274
Beihilfeablöseversicherung	–	–
Restschuldsversicherung	–	–
Auslandsreisekrankenversicherungen	3.481.383	3.393.083

¹ Doppelzählungen sind enthalten.

² Der Anteil von 1,2 Prozent an der GPV ist enthalten.

I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr Einmal- beitrag €	Vorjahr Einmal- beitrag €
Beiträge aus der RfB aus:		
Einzelversicherungen	53.319.450	23.817.726
Gruppenversicherungen	3.973.515	2.109.358
Summe	57.292.965	25.927.084
Beiträge aus der RfB nach:		
Laufenden Beiträgen	–	–
Einmalbeiträgen	57.292.965	25.927.084
Summe	57.292.965	25.927.084
Beiträge aus der RfB aus:		
Krankheitskostenvollversicherungen	33.360.106	18.820.179
Krankentagegeldversicherungen	300.833	918.631
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	–	–
Sonstige selbständige Teilversicherungen	3.073.051	1.272.012
Pflegepflichtversicherungen	20.558.975	4.916.262
Summe	57.292.965	25.927.084

Übertragungswerte

In den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen sind erhaltene Übertragungswerte in Höhe von 0,5 (0,6) Mio. Euro und in den sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen sind gezahlte Übertragungswerte in Höhe von 1,7 (1,7) Mio. Euro enthalten.

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
verdienten Beiträgen	515.745	489.543
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	355.755	253.558
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	163.788	168.558
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-3.798	67.427

II. 2. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 395.309 (1.284.849) Euro enthalten.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Union Krankenversicherung waren im Jahr 2015 durchschnittlich 506 Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	296	307
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	183	185
Angestellte Außendienstmitarbeiter	9	11
Auszubildende	18	23
Gesamt	506	526

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	25.005	24.697
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	223	103
3. Löhne und Gehälter	24.457	24.407
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.985	4.348
5. Aufwendungen für Altersversorgung	2.381	1.741
6. Aufwendungen insgesamt	56.051	55.296

Gesamthonorar Abschlussprüfer

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussprüfungsleistungen	109.524	110.284
Bestätigungsleistungen	2.976	3.292
Gesamt	112.500	113.576

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 bis 3 aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands beliefen sich auf 600.554 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 369.338 Euro gezahlt.

Für den Aufsichtsrat wurden 95.116 Euro aufgewendet.

Konzernzugehörigkeit

Die Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, gehört zum Konzern VKB. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf und wird die Union Krankenversicherung in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer Bayern, Maximilianstr. 53, 80530 München erhältlich und steht unter www.vkb.de zur Verfügung.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Rohüberschuss nach Steuern		74.378.325
abzüglich:		
▪ Direktgutschrift gemäß § 12a VAG	5.070.333	
▪ Zuführung zur poolrelevanten erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	–	
▪ Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	54.307.712	
		59.378.045
Jahresüberschuss		15.000.280
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		–
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		2.000.120
Bilanzgewinn		13.000.160

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 13.000.160 Euro an die Aktionäre auszuschütten.

Saarbrücken, den 2. März 2016

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Benzing



Kiechle



Kolb

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 6. April 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ott	Kästle
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Herr Jörg Tomalak-Plönzke ist mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung am 13. April 2015 in den Aufsichtsrat gewählt worden. Mit Wirkung zum 1. Juni 2015 ist Herr Dr. Frank Walthes in das Gremium gewählt worden. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 ist Herr Dr. Wolfgang Breuer in das Gremium eingetreten.

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Mai 2015 ist Herr Friedrich Schubring-Giese aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2015 ist Herr Jörg Tomalak-Plönzke aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Aufsichtsrat hat den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit im Gremium seinen Dank ausgesprochen.

München, den 11. April 2016

Für den Aufsichtsrat



Dr. Walthes

Impressum

Herausgeber

Konzern VKB
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
Telefax (0 89) 21 60-27 14
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig

Konzern VKB

Maximilianstraße 53 | 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0 | Telefax (0 89) 21 60-27 14

service@vkb.de | www.vkb.de